

Post 31-10.08 ✓

Öffentliche Sitzung des Stadtteilbeirates Gröpelingen am 8. Oktober 2008

Protokoll

Sitzungsort: Nachbarschaftshaus Helene Kaisen X/09/08

Beginn der Sitzung: 19.00 Uhr **Ende der Sitzung:** 21.00 Uhr

Es sind folgende Beiratsmitglieder anwesend:

| | | |
|------------------------|------------------------------|----------------------|
| Herr Dieter Adam | Herr Norbert Holzapfel | Herr Torsten Vagts |
| Frau Diana Altun | Frau Birgit Kirchhoff-Nerger | Herr Rolf Vogelsang |
| Frau Monika Boldt | Frau Larissa Krümpfer | Herr Rolf Wroblewski |
| Frau Ilse Bitomsky | Herr Rolf Latt | Frau Barbara Wulff |
| Herr Bernd Brejla | Herr Wolfgang Neke | |
| Herr Raimund Gaebelein | Herr Dieter Steinfeld | |
| Frau Margret Großer | Herr Peter Ullrich | |

Folgende Beiratsmitglieder sind verhindert:

Frau Gisela Carneiro Mendes

Als Gäste können begrüßt werden:

| | |
|-------------------------|---|
| Frau Christiane Gartner | Kultur Vor Ort e.V. |
| Frau Monika Frank | Leiterin d. Abteilung junge Menschen und Familie im Amt für Soziale Dienste |

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Es kann nach folgender, genehmigter Tagesordnung verfahren werden.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls Nr. X/08/08 vom 03.09.2008

TOP 2: Doing it – junge Kunst aus Gröpelingen

Preisträger des Bundeswettbewerbs „Kinder zum Olymp“

dazu: die PreisträgerInnen des Projekts vom Künstleratelier Roter Hahn Christiane Gartner von Kultur Vor Ort e.V.

TOP 3: Fortführung des Anpassungskonzeptes für stadtteilbezogene

Kinder- und Jugendförderung in den Jahren 2009 - 2013

hier: Stellungnahme des Beirates Gröpelingen

dazu: Monika Frank, Leiterin Abteilung junge Menschen und Familie im Amt für Soziale Dienste

TOP 4: Novellierung des Gesetzes über Beiräte und Ortsämter

hier: Stellungnahme des Beirates Gröpelingen

TOP 5: Anträge, Anregungen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten

1. der Bevölkerung an den Beirat Gröpelingen 2. aus dem Beirat

TOP 6: Bericht des Beiratssprechers

TOP 7: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes

TOP 1: Genehmigung des Protokolls Nr. X/08/08 vom 03.09.2008

Das o. g. Protokoll wird einvernehmlich genehmigt.

TOP 2: Doing it – junge Kunst aus Gröpelingen/Preisträger des Bundeswettbewerbs „Kinder zum Olymp“

Frau Gartner informiert über das Projekt aus dem Kinder- und Jugendatelier „Roter Hahn“. Die Ausstellung der Kunstwerke fand im letzten Jahr in der Kulturkirche St. Stefanie statt. Mit diesem Projekt haben die SchülerInnen der Gesamtschule West und der Pestalozzi-Schule an dem bundesweiten Wettbewerb „Kinder zum Olymp“ teilgenommen und einen Preis im Bereich der bildenden Kunst gewonnen. Das Preisgeld in Höhe von 2000 Euro wird wieder in ein neues Kunstprojekt des Ateliers investiert.

TOP 3: Fortführung des Anpassungskonzeptes für stadtteilbezogene Kinder- und Jugendförderung in den Jahren 2009 – 2013

Frau Frank erläutert die Grundzüge und Grundüberlegungen des Anpassungskonzeptes und die daraus entstehenden Veränderungen für den Stadtteil Gröpelingen:

- Der Jugendhilfeausschuss hat 2007 eine Arbeitsgruppe gegründet, um einen Entwurf zur Fortführung des Anpassungskonzeptes zu erarbeiten. Die Gremien sind sich über die inhaltlichen Aufgaben und Schwerpunkte der Kinder und Jugendförderung einig.
- Die Altersgruppe hat sich von 0-21jährig Kinder und Jugendlichen auf eine Kerngruppe der 6–18jährigen verändert.
- Die Bemessungsgrundlagen haben sich verändert, weil der Status „Ausländer“ stärker hinterfragt wird. Eingebürgerte MigrantInnen werden „sichtbarer“.
- Für den Stadtteil Gröpelingen gibt es keine Kürzungen, sondern es ist mit Zuwachs zu rechnen, weil es eine unveränderte Position in der Rangfolge gibt.
- Es besteht ein Konflikt zwischen den Anforderungen und der Umsetzung des Anpassungskonzeptes. Auf der einen Seite steht der Auftrag der allgemeinen Förderung durch das Kinder- und Jugendhilfegesetz, Benachteiligungen sollen ausgeglichen und Integration hergestellt werden. Diese hohen Anforderungen mit den zur Verfügung stehen 6,6 Mio. Euro auszuführen ist bei den steigenden Kosten extrem schwierig.
- Debatten gibt es deshalb über die notwendige Finanzierung. Die Diskussion über die Höhe der Mittel muss auf jeden Fall auf fachlicher und politischer Ebene geführt werden. Die Anpassung der Kinder- und Jugendförderung an veränderte Lebenslagen in den Ortsteilen der Stadt muss erfolgen. Eine Gesamterhöhung des Budgets ist dringend notwendig, weil die Kosten z.B. durch Lohnsteigerungen und ständig steigende Energiepreise steigen.

Im Anschluss verliest ein Vertreter der SPD-Fraktion einen Beschlussvorschlag des Beirates Gröpelingen (Anlage 1). Die Ergänzung der Fraktion DIE GRÜNEN (Anlage 2) wird integriert. Die CDU Fraktion stellt einen deckungsgleichen Antrag (Anlage 3), der zur Kenntnis genommen wird. Abstimmung: Der Beirat Gröpelingen stimmt dem Antrag zum Entwurf des Anpassungskonzeptes einstimmig zu.

TOP 4: Novellierung des Gesetzes über Beiräte und Ortsämter

Die SPD-Fraktion hat eine Stellungnahme vorbereitet (Anlage 9). Diese soll um die Punkte der Fraktion DIE GRÜNEN (Anlage 10) ergänzt werden. Die SPD Fraktion hatte leider nicht die Möglichkeit, über den Vorschlag der Fraktion DIE GRÜNEN zu beraten und wünscht deshalb eine Vertagung der Abstimmung. Deshalb einigen sich die Vertreter der Parteien darauf, diesen TOP anlässlich einer nicht-öffentlichen Sitzung in naher Zukunft zu erörtern.

TOP 5: Anträge, Anregungen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten

1. aus der Bevölkerung:

- Es wird ein Bürgerantrag (Anlage 4) gestellt, den Straßenzug Lindenhofstraße/Liegnitzstraße nicht für den Verkehr zur direkten An- und Abfahrt von und zur Waterfront zu öffnen. Dieses Thema wird anlässlich der nächsten öffentlichen Beiratssitzung im November 2008 erörtert.
- Bürgerantrag zum 80. Jahrestag der Reichspogromnacht (Anlage 5): Der Beirat möge die GröpelingInnen bitten, an einer Gedenkfeier teilzunehmen. Der Aufruf soll über die Presse erfolgen.
- Es besteht immer noch die Forderung nach einem Betraum im Diako: Der Vorsitzende wird sich um ein persönliches Gespräch mit Herrn Eggers in dieser Angelegenheit bemühen.
- Herr Kastens fragt nach dem Gebiet der Pferdeweide/Ende der Schragestraße an der Autobahn. Auf dem Gelände ist eine Firma tätig, die Steine zerkleinert.
- Es besteht seitens der Seniorenvertretung die Forderung, die Straßenbahnhaltestellen „Am Brill“ und „Oberstraße“ behindertengerecht einzurichten. Der Fachausschuss „Bau“ wird informiert.
- Es besteht bereits seit langer Zeit die Forderung nach einer Lärmschutzwand an der Stapelfeldtstraße (Toyota Schneider). Hier läuft zur Zeit eine Klage. Daher ist zwangsweise mit einer Entscheidung zu rechnen.

2. aus dem Beirat:

- Ein Vertreterin der SPD-Fraktion verliest die den Entwurf zur Stellungnahme des Beirates Gröpelingen zum Monitoring „Soziale Stadt“ (Anlage 6). Abstimmung: Der Beirat verabschiedet den Antrag einstimmig.
- Ein weiterer Antrag der SPD-Fraktion zum Thema Schulentwicklung in Gröpelingen wird gestellt (Anlage 7). Abstimmung: Der Beirat stimmt dem Antrag mit einer Enthaltung zu.
- Ein Vertreter der CDU-Fraktion stellt einen Antrag zur Überprüfung der Notwendigkeit von Verkehrsschildern in Gröpelingen (Anlage 8). Abstimmung: Der Beirat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

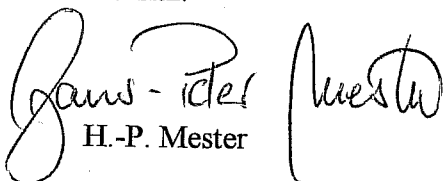
TOP 6: Bericht des Beiratssprechers

Die Senatskanzlei und die BeiratssprecherInnen haben sich in den letzten Monaten intensiv mit den Kriterien zur Vergabe der Globalmittel befasst. Eine abschließende Stellungnahme des Beirates Gröpelingen soll in einer nächsten Sitzung entschieden werden.

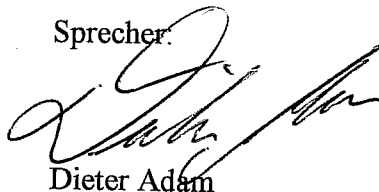
TOP 7: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes

Es liegen keine Mitteilungen vor.

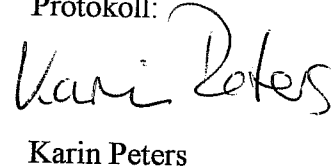
Vorsitz:


H.-P. Mester

Sprecher:


Dieter Adam

Protokoll:


Karin Peters

Anlage ②

Post / Fax 8.10.08

Beschlussvorschlag für die Sitzung des Beirates Gröpelingen am 08.10.2008

1

Stellungnahme zum Entwurf zum Anpassungskonzept für die stadtteilbezogene Kinder- und Jugendarbeit in den Jahren 2009 – 2013

Der Beirat Gröpelingen stellt fest, dass:

- sich die Struktur der dezentralen Vergabe der Mittel durch die Controllingausschüsse im Stadtteil Gröpelingen bewährt hat;
- die im Entwurf formulierten Eckpunkte die fachlichen Herausforderungen und Notwendigkeiten ~~formulieren~~; *benennen*;
- der vorliegende Entwurf die Bemühungen widerspiegelt, einen am sozialen Bedarf orientierten Modus zu finden, der dazu beiträgt, eine relativ gerechte Verteilung der Mittel zu gewährleisten;
- die Mittel von € 6,6 Mio den tatsächlichen Bedarf der Stadtteile für die Kinder- und Jugendarbeit grundsätzlich nicht decken. Vielmehr fehlen rund € 700.000,00 um den Status Quo aufrecht zu erhalten. Ohne eine Aufstockung der Mittel gibt es einen eklatanten Widerspruch zwischen fachlichem Anspruch und den Möglichkeiten der Umsetzung.

Der Beirat Gröpelingen fordert deshalb:

- eine Aufstockung der städtischen Mittel des Anpassungskonzeptes für die stadtteilbezogene Kinder- und Jugendarbeit der Jahre 2009 – 2013 spätestens ab dem nächsten Doppelhaushalt für die Jahre 2010/2011 (sowie für den Haushalt 2012/2013) um den Betrag, der notwendig ist, um den Kaufkraftverlust gegenüber dem Jahr 2000 auszugleichen. Hier wird zur Zeit von einer Summe von ca. € 700.000,00 ausgegangen.
- eine Aufstockung der städtischen Mittel des Anpassungskonzeptes für die stadtteilbezogene Kinder- und Jugendarbeit der Jahre 2009 – 2013 bereits für das Jahr 2009, um den Bestand aller Jugendeinrichtungen in Gröpelingen auf mindestens dem bestehenden Niveau zu sichern (Status-Quo-Sicherung). Die Finanzierung könnte z.B. aus unerwarteten Steuermehreinnahmen im bremischen Haushalt für 2009 *erfolgen*.

Anlage 2

Beschlussvorschlag mit Ergänzungen für die Sitzung des Beirates Gröpelingen am 08.10.2008

Stellungnahme zum Entwurf zum Anpassungskonzept für die stadtteilbezogene Kinder- und Jugendarbeit in den Jahren 2009 – 2013

Der Beirat Gröpelingen stellt fest, dass:

- sich die Struktur der dezentralen Vergabe der Mittel durch die Controllingausschüsse im Stadtteil Gröpelingen bewährt hat. Es wäre wünschenswert, wenn sich das Amt auch bei letztendlicher Entscheidungsbefugnis diese Beschlüsse zu Eigen machen würde.
- die im Entwurf formulierten Eckpunkte die fachlichen Herausforderungen und Notwendigkeiten formulieren;
- der vorliegende Entwurf die Bemühungen widerspiegelt, einen am sozialen Bedarf orientierten Modus zu finden, der dazu beiträgt, eine relativ gerechte Verteilung der Mittel zu gewährleisten;
- die Mittel von € 6,6 Mio. den tatsächlichen Bedarf der Stadtteile für die Kinder- und Jugendarbeit grundsätzlich nicht decken. Vielmehr fehlen rund € 700.000,00 um den Status Quo aufrecht zu erhalten. Ohne eine Aufstockung der Mittel gibt es einen eklatanten Widerspruch zwischen fachlichem Anspruch und den Möglichkeiten der Umsetzung.

Der Beirat Gröpelingen fordert deshalb:

- eine Aufstockung der städtischen Mittel des Anpassungskonzeptes für die stadtteilbezogene Kinder- und Jugendarbeit der Jahre 2009 – 2013 spätestens ab dem nächsten Doppelhaushalt für die Jahre 2010/2011 (sowie für den Haushalt 2012/2013) um den Betrag, der notwendig ist, um den Kaufkraftverlust gegenüber dem Jahr 2000 auszugleichen. Hier wird zur Zeit von einer Summe von ca. € 700.000,00 ausgegangen.
- eine Aufstockung der städtischen Mittel des Anpassungskonzeptes für die stadtteilbezogene Kinder- und Jugendarbeit der Jahre 2009 – 2013 bereits für das Jahr 2009, um den Bestand aller Jugendeinrichtungen in Gröpelingen auf mindestens dem bestehenden Niveau zu sichern (Status-Quo-Sicherung). Die Finanzierung könnte z.B. aus unerwarteten Steuermehreinnahmen im Bremischen Haushalt für 2009.
- einen Grundbetrag je Stadtteil festzulegen, der eine Grundsicherung der bestehenden Einrichtungen mit ausreichend **fachlichem** Personal gewährleistet.
- für eine Planungssicherheit und Bestandserhaltung begonnener Maßnahmen zu sorgen, d.h. keine kurzfristigen Umsteuerungen im APK zuzulassen.

Beirat Gröpelingen

Bremen, den 2. Oktober

Antrag der Fraktion der CDU

3

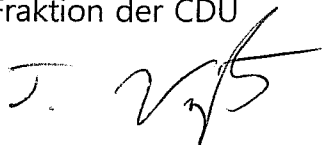
Ablehnung der Fortschreibung des Anpassungskonzeptes für die stadtteilbezogene Kinder- und Jugendarbeit in den Jahren 2009 – 2013

Der Beirat Gröpelingen begrüßt die hervorragende Kinder- und Jugendarbeit, die im Stadtteil Gröpelingen geleistet wird. Um Qualität und Umfang des bisher vorgehaltenen Angebotes auch in den Jahren 2009-2013 zu gewährleisten, bedarf die Fortschreibung des Anpassungskonzeptes für stadtteilbezogene Kinder- und Jugendarbeit erhebliche Verbesserungen.

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

1. Der Beirat Gröpelingen lehnt den Entwurf der Fortschreibung des Anpassungskonzeptes für die stadtteilbezogene Kinder- und Jugendarbeit in den Jahren 2009-2013 mit folgender Begründung ab:
 - Die Kostensteigerungen seit 2000, die auf gestiegene Energiekosten, laufende Instandhaltungskosten sowie auf die gestiegene Inflationsrate zurückzuführen sind, finden in der Fortschreibung des Anpassungskonzeptes keine Berücksichtigung;
 - Die Fortschreibung des Anpassungskonzeptes enthält keinen Spielraum, der eine Differenzierung nach einzelnen Einrichtungen und Projekten, die durch die finanziellen Umschichtungen nicht nur in ihrem Angebotsprofil, sondern sogar in ihrer Existenz bedroht sind, zulässt;
2. Der Beirat fordert die Sozialbehörde auf, die Finanzierung der stadtteilbezogenen Kinder- und Jugendarbeit im Sinne einer Berücksichtigung der in Nr. 1 genannten Punkte bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2010/2011 auszubauen.

Fraktion der CDU



Jens Zimmerling
Stettiner Str. 27

28237 Bremen, den 8. Oktober 2008

An den
Stadtteilbeirat Gröpelingen

4

B Ü R G E R A N T R A G

nach § 9 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter
(im Gebiet der Stadtgemeinde Bremen)

Die Unterzeichner dieses Bürgerantrags bitten den Stadtteilbeirat Gröpelingen den Straßenzug Lindenhofstraße/Liegnitzstraße nicht für den MIV zur direkten An- und Abfahrt von und zur Waterfront zu öffnen.

Begründung:

Die bisherige Verkehrsregelung an der Kreuzung Stapelfeldstr./Liegnitzstr./Ludwig-Plate-Str. sieht keine Geradeausquerung der Stapelfeldstr. von und zur Waterfront vor. Diese Regelung wurde bereits vor Jahren zwischen dem Beirat, dem Sanierungsträger, den zuständigen Ämtern und der betroffenen Bevölkerung ausgehandelt um den zu erwartenden Verkehrsansturm des Space Parks aus dem Lindenhofviertel herauszuhalten. Die aktuelle Forderung der Marketing-Vorsitzenden Cornelia Wiedemeyer, nunmehr die Lindenhofstr./Liegnitzstr. für die motorisierten Besucher der Waterfront zu öffnen, stellt die damaligen Absichten total auf den Kopf.

Wer wie wir seit Jahrzehnten im Viertel lebt, weiß um die chaotischen Zustände, die manchmal schon jetzt auf unseren Straßen herrschen. Stellenweise Parkraumnot und die Belieferung der Geschäfte mit zu großen LKW machen fast täglich den Anwohnern das Leben schwer, da sie zeitweise ihre Wohnungen nicht mehr erreichen können. Sollte nun noch der Waterfront-Verkehr dazukommen, wäre die Katastrophe vorprogrammiert und das Leben im Lindenhofviertel würde zur Unerträglichkeit verkommen. Außerdem würde die Anzahl der seit einiger Zeit widerrechtlich auf den Gehwegen verkehrenden Radfahrer in erheblichem Maß zunehmen und die Fußgänger noch stärker gefährden.

Wir weisen ferner darauf hin, daß es sich unter den Autofahrern schnell herumsprechen wird, daß die Waterfront auch von der Gröpelinger Heerstraße aus zu erreichen sein wird. Die angestrebte Entlastung des Heerstraßenzuges wäre damit ebenfalls null und nichtig gemacht.

Beibehaltung der bisherigen Verkehrsführung! Keine Öffnung der Lindenhofstraße und der Liegnitzstraße für Waterfront-Verkehre! Nicht mal befristet probeweise!

| | | |
|--------------------|-------------------|--------------|
| Jens Zimmerling | Stettiner Str. 27 | 28237 Bremen |
| Günter Reichert | Liegnitzstr. 61 | 28237 Bremen |
| Bärbel Zimmerling | Stettiner Str. 27 | 28237 Bremen |
| Hedda Reichert | Liegnitzstr. 61 | 28237 Bremen |
| Minna Reichert | Liegnitzstr. 61 | 28237 Bremen |
| Gertrud Lundt | Liegnitzstr. 61 | 28237 Bremen |
| Hengeli Zimmerling | Waltjenstr. 47 | 28237 Bremen |
| Andreas Zimmerling | Stettiner Str. 27 | 28237 Bremen |
| Heiko Grein | Liegnitzplatz 18 | 28237 Bremen |

Anlage (5)

Ich möchte den Beirat Gröpelingen auffordern am ⁷⁰80. Jahrestag der Reichspogromnacht wie schon im vergangenen Jahr der jüdischen Gröpelinger zu gedenken, die am 9. November 1938 auf die Straße gesetzt bzw. Ende Juni 1942 ins KZ Theresienstadt deportiert wurden. Der Beirat möge die Gröpelingerinnen und Gröpelinger auffordern, am Montag, den 10. November um 17 Uhr an einer halbstündigen Mahnwache vor dem ehemaligen jüdischen Altenheim an der Gröpelinger Heerstraße teilzunehmen und am anschließenden Mahngang - vorbei an den vom Beirat gestifteten Stolpersteinen in der Buxtehuder und der Johann-Kühn-Straße zur Stadtbibliothek in der Lindenhofstraße.

Marion Bonk

5

Stellungnahme des Beirates Gröpelingen zum Monitoring „Soziale Stadt

Die am 18.09.2008 im Rahmen des Regionalgremiums West vorgestellten Ergebnisse und die daraus resultierenden Empfehlungen hat der Beirat Gröpelingen zur Kenntnis genommen. 6

Für den weiteren Prozess möchte der Beirat Gröpelingen folgende Punkte berücksichtigt wissen:

- Das Schwerpunktgebiet Wohlers Eichen hat durch die Maßnahmen durch WIN/Soziale Stadt eine positive Entwicklung genommen. Eine Reihe von Projekten konnten in Zusammenarbeit mit der Gagfah und Einrichtungen vor Ort durchgeführt werden, die zu einer gewissen Stabilisierung der Bewohnerschaft im Wohngebiet geführt haben. Das Wohnumfeld ist verbessert worden. Dennoch befinden sich die gemeinsamen Anstrengungen noch im Anfangsstadium und dürfen keinesfalls gefährdet werden. Deshalb bedarf es auch weiterhin einer intensiven sozialen und finanziellen Unterstützung. Eine Kürzung der Fördermittel lehnt der Beirat Gröpelingen entschieden ab und fordert vielmehr eine Bewertung der zukünftig geplanten Projekte und Maßnahmen. Aufgrund dieser Bewertung kann eine moderate Anpassung der Verteilungsmodalitäten zwischen den WIN/Soziale Stadt-Gebieten vorgenommen werden.
- Die Ortsteile Ohlenhof und Gröpelingen benötigen auch weiterhin eine intensive Unterstützung durch WIN/Soziale Stadt. Durch den stetigen Zuzug sozial schwacher Menschen bei gleichzeitigem Wegzug der sozial stabilen Bewohnerschaft ist die kontinuierliche soziale Arbeit vor Ort sehr erschwert und kleine erreichte Erfolge wenig dauerhaft. Hier bedarf es weiterer gemeinsamer Anstrengungen, die die Fördermittel vollständig verschlingen werden. Die Einbeziehung des Ortsteiles Lindenhof in das WIN/Soziale Stadt-Programmgebiet wird begrüßt, da auch hier die Entwicklung des Quartiers nach dem Ende der Sanierung unklar ist. Auch hier gilt es, eine sorgfältige Bewertung der zukünftig geplanten Projekte und Maßnahmen vorzunehmen, um den tatsächlichen Bedarf festzustellen und eine Anpassung der Verteilungsmodalitäten vorzunehmen.
- Durch das Hinzukommen von weiteren WIN/Soziale Stadt-Gebieten wird aller Voraussicht nach die Höhe der Mittel für die einzelnen Gebiete niedriger ausfallen. Der Beirat Gröpelingen spricht sich gegen jegliche Kürzungen aus und fordert eine entsprechende finanzielle Ausstattung für die benachteiligten Quartiere, wie im Koalitionsvertrag 2007 vereinbart.
- Es wird Wert darauf gelegt, dass durch WIN/Soziale Stadt-Mittel ein flexibles Handwerkszeug zur Verfügung steht, um auf soziale Notlagen bisher noch nicht oder nur wenig auffälliger Wohngebiete reagieren zu können.

Bremen, den

Anlage ⑦

The logo of the SPD (Social Democratic Party of Germany) is displayed in white text on a black rectangular background.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SPD-Fraktion im Beirat Gröpelingen

Sprecherin:
Barbara Wulff
In den Barken 17
28237 Bremen
Tel/Fax 6164422
0177-285 3440

Antrag an den Stadtteilbeirat Gröpelingen am 08.10.2008

Schulentwicklung in Gröpelingen

Der Stadtteilbeirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Stadtteilbeirat erwartet, dass die für Gröpelingen angestrebte Lösung im Rahmen des Bremischen Schulentwicklungskonzeptes ein möglichst langes gemeinsames Lernen aller Kinder und Jugendlichen sicherstellt.

Der Stadtteilbeirat erwartet weiterhin, dass ausreichend Schulraum geschaffen wird, um die Gröpelinger Kinder und Jugendlichen im eigenen Stadtteil zu beschulen.

Der Stadtteilbeirat stellt fest, dass es für den Stadtteil Gröpelingen drei Lösungsvarianten gibt, die von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft im Rahmen einer Machbarkeitsstudie bis zum Ende des Jahres 2008 zu überprüfen sind.

Dabei schlägt der Beirat Gröpelingen folgende Prioritätensetzung vor:

1. **Kompletter Neubau einer vierzügigen Schule (SEK I / II-Zentrum)** für die Klassen 5 – 13 auf dem Gelände „ehemals Opel Burr“ mit Quartiersbildungszentrum (d. h. Schullaufbahnberatung, Schulpsychologischer Dienst, BAGIS/Soziale Dienste u. ä.)
2. **Erweiterung und Umbau** der Schule „Fischerhuder Straße“ zu einer dreizügigen Schule für die Klassen 0 – 10 mit Quartiersbildungszentrum **und** **Neubau einer dreizügigen Schule** (Klasse 5 – 10), angrenzend an die Grundschule „Oslebshauer Heerstraße“ (zwischen den Straßen „Am Großen Heck“ und „Am Oslebshauer Bahnhof“).
3. **Umbau und Erweiterung** der Schule „Fischerhuder Straße“ zu einer vierzügigen Schule mit den Klassen 0 – 10 mit Quartiersbildungszentrum und zusätzlicher Reserve durch die Schule Pestalozzistraße.

SPD-Fraktion im Stadtteilbeirat Gröpelingen

Beirat Gröpelingen

Antrag der Fraktion der CDU

Überprüfung der Notwendigkeit von Verkehrsschildern in Gröpelingen


Das Projekt zur Demontage überflüssiger Verkehrszeichen sollte ursprünglich alle Bremer Stadtteile umfassen und zum Abbau verkehrshemmender und kostenintensiver Schilder beitragen. In den Jahren 2006 und 2007 kam es dementsprechend auch in den Stadtteilen Huchting, Oberneuland, Vegesack und Neustadt mittels Pilotprojekten zur erfolgreichen Durchführung des Programms. So konnten nach Angaben des Senats insgesamt 1.919 Verkehrszeichen abgeschraubt werden, was angesichts eines Schilderbestandes von über 11.000 in diesen vier Stadtteilen einer Quote von etwa 18 Prozent entspricht. Der Senat hat zwischenzeitlich das Projekt unter Hinweise auf die Demontageskosten gestoppt.

Zwar ist unbestritten, dass der Abbau der Schilder in der Tat kurzfristig Kosten verursacht, allerdings sollte dabei auch bedacht werden, dass die Pflege überflüssiger Verkehrszeichen mittel- und langfristig ebensolche Kosten herbeiführt. Zudem ist es unter Verkehrssicherheits-, Wege-Zeit- und ästhetischen Aspekten nicht zu rechtfertigen, dass einige, weitgehend willkürlich ausgewählte Stadtteile in den Genuss des Programms gekommen sind und andere wie der Stadtteil Gröpelingen nicht.

Der Beirat Gröpelingen möge daher beschließen:

Der Beirat Gröpelingen fordert den Senat auf, das Projekt zum Abbau nicht erforderlicher Verkehrszeichen wieder aufzunehmen und im Stadtteil Gröpelingen möglichst zeitnah durchzuführen.

Fraktion der CDU



SPD-Fraktion im Beirat Gröpelingen

Sprecherin:
Barbara Wulff
In den Barken 17
28237 Bremen
Tel/Fax 6164422
0177- 285 3440

Vorschlag der SPD-Fraktion vom 07.10.08

(Interfraktioneller?) Antrag an den Stadtteilbeirat Gröpelingen am 08.10.2008

Rechte der Beiräte stärken

Der Stadtteilbeirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Stadtteilbeirat Gröpelingen begrüßt den vorliegenden Referentenentwurf zur Novellierung des Beiratsgesetzes, der einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur Stärkung der Rechte der Beiräte markiert.

Der Beirat Gröpelingen hält zum Zweck der Koordinierung zwischen den verschiedenen Beiräten in der Stadt Bremen weiterhin ein funktionierendes Gremium für erforderlich. Inwieweit diese Funktion mit dem Bürgerschaftsausschuss „Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten“ verbunden werden kann, bedarf der Diskussion und ist abhängig von der gesetzlichen Ausformulierung, in der die Interessen der Beiräte umfassend berücksichtigt werden (z.B. Stimmrecht im Bürgerschaftsausschuss).

Der Stadtteilbeirat Gröpelingen erhebt darüber hinaus folgende Forderungen:

1. Durch Regelungen im Beamtenrecht ist das Recht der Beiräte zur abschließenden Entscheidung (Wahl) des Ortsamtsleiters / der Ortsamtsleiterin abzusichern.
2. Das Rederecht des Beiratssprechers / der Beiratssprecherin in der Stadtbürgerschaft muss durch eine Entscheidung der Bremischen Bürgerschaft verankert werden.
3. Den Beiräten muss ein eigenständiges Antragsrecht bei der „Stiftung Wohnliche Stadt“ und bei den sog. Impulsmitteln eingeräumt werden.
4. Eine Beteiligung des Beirats an Bauvorhaben im Stadtteil ist mit dem Ziel der Wahrung des Stadtbildes und der Erhaltung der Wohn- und Lebensqualität durch eine entsprechende Regelung der Landesbauordnung sicherzustellen.

Der Stadtteilbeirat Gröpelingen bittet, diese Forderungen über die Senatskanzlei an die Bremische Bürgerschaft und die zuständigen senatorischen Dienststellen zu richten.

08.10.2008 - Stellungnahme des Beirats Gröpelingen zum Referentenentwurf zur Novellierung des Beiratsgesetzes

Der Beirat Gröpelingen nimmt wie folgt inhaltlich Stellung:

Zum § 1 Absatz 2 Beiratsgröße:

Der Beirat ist sich der voraussichtlichen Verkleinerung des Stadtteilbeirats Gröpelingen von 19 auf 17 Mitglieder bewusst und trägt diese mit.

10

Zum § 4 Absatz 2 Satz 1 Mitgliedschaft im Beirat:

Der Stadtteilbeirat Gröpelingen ist mit dem Passus, das bei Verlegung des Wohnsitzes in ein anderes Beiratsgebiet das Mandat entfällt, nicht einverstanden. Zur Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit kleinerer Fraktionen darf eine Verlegung des Wohnsitzes in der laufenden Legislaturperiode keine Auswirkung auf die Möglichkeit der Mandatswahrnehmung haben.

Zum § 6 Absatz 1, Nr. 1, 2 und 3 Informationsrechte des Beirats:

Da bereits ein Viertel der Beiratsmitglieder ausreicht (Minderheitenschutz), um eine Sondersitzung des Beirats zu verlangen, muss parallel ein Viertel des Beirats ausreichen, um eine Anfrage stellen (Satz 1), Behördenvertreter/Sachverständige laden (Satz 2) bzw. Akteneinsicht (Satz 3) nehmen zu können. Außerdem muss es für jede im Beirat vertretene Gruppierung möglich sein, Akteneinsicht zu nehmen, da eine inhaltliche Bewertung sich von Partei zu Partei unterscheiden kann.

Zum § 6 Absatz 1 Nr. 2 Informationsrechte des Beirats, Ladung:

Dieser Passus muss um eine Formulierung ergänzt werden, dass die Behörde verpflichtet ist, kompetente Mitarbeiter zu entsenden, die dem Beirat die gewünschten Auskünfte geben.

Zum § 9 Absatz 1 Nr. 1 Beteiligungsrechte des Beirats:

Hier fehlt die Beteiligung an Planfeststellungsverfahren und muss ergänzend aufgenommen werden.

Zum § 10 Nr. 4 Entscheidungsrechte des Beirats, Verkehrslenkende Maßnahmen:

Der Beirat fordert die vorgesehene Erlassung der Richtlinie, welche verkehrslenkenden Maßnahmen stadtteilbezogen sind, in beiratsfreundlicher Art und Weise ein. Es darf hier nicht zu einer Auslegung kommen, die im konkreten Anwendungsfall die Beiratsrechte einschränkt („Papiertiger“).

Zum § 10 Nr. 8 Entscheidungsrechte des Beirats, Mittel für Kinder- und Jugendhilfe:

Der Passus enthält nicht die Beteiligung von Trägern und der Ressorts. Die Vergabe der Mittel der Kinder- und Jugendhilfe soll wie bisher im Rahmen des Controllingausschusses erfolgen.

Zum § 11 Absatz 1 Satz 2 Herstellung von Einvernehmen:

Den Satzteil „bei der Beschlussfassung“ streichen. Der Beirat muss die Möglichkeit haben, auch noch nach der Beschlussfassung (wenn sich nämlich herausstellt, dass die Behörde vom Beschluss des Beirates abweichen will) zu beantragen, dass sie das Verfahren zur Einvernehmensherstellung tatsächlich in Anspruch nehmen will.

Zum § 17 Absatz 4, Beanstandung von Beiratsbeschlüssen:

Die Sitzungsleitung kann und muss den Beirat bezüglich der Rechtsansicht beraten; sie ist aber nicht berechtigt, Beiratsbeschlüsse zu verhindern.

Zum § 18, Absatz 3, Zusammensetzung der Beiräte:

Die Formulierung „gleichartige Wahlstellen“ ist nicht eindeutig. Es sollte klargestellt werden, dass z.B. alle Ausschussvorsitze eine gleichartige Wahlstelle sind. Desgleichen alle stellvertretenden Ausschussvorsitze.